

**Zwei Schritte vor, einen zurück:
China wünscht nach 18 Jahren Feindschaft
ein besseres Verhältnis zu Indien**

Oskar Weggel

Die indische Kritik am sowjetischen Afghanistan-Unternehmen hat in Peking ein so positives Echo gefunden, daß sich die chinesische Führung veranlaßt sah, erneut die Fühler nach Indien auszustrecken.

Die meisten bilateralen Probleme, nämlich die angebliche Unterstützung der nordöstlichen Rebellen durch Peking, der Bau der Karakorum-Straße durch China, die pakistanisch-chinesischen Sonderbeziehungen, die Vereinte-Fronten-Politik Chinas gegenüber Indien, die von China verurteilte "Annexion Sikkims" durch Indien und die erst im Juli 1980 erfolgte Anerkennung der Heng-Samrin-Regierung durch Neu-Delhi sind zwar ärgerlich, aber lösbar, während sich die Anlehnung Indiens an Moskau und die chinesisch-indischen Grenzfragen nach wie vor als schwierige Hindernisse erweisen. Andererseits lassen sich zahlreiche gemeinsame Interessen entdecken, die, zusammengenommen, eine erneute Kooperation durchaus wünschbar erscheinen lassen, so z.B. in den Fragen der Wiedervereinigung Koreas, der Friedenszone im Indischen Ozean, der Blockfreien-Bewegung, der Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, ferner bei der Lösung der Probleme in Südafrika und Nahost und vor allem bei der gemeinsamen Ablehnung der von Breschnew 1969 erstmals vorgeschlagenen Konzeption eines Kollektiven Sicherheitssystems in Asien.

I. Nach fünf freundlichen und zwanzig feindlichen Jahren eine Rückkehr zur "Freundschaft"?

Vier Daten markieren das Auf und Ab in den chinesisch-indischen Beziehungen: 1954, 1959/62, 1971 und 1979.

- 1954 beschloß Nehru, die chinesischen Rechte an Tibet, die bis dahin in Indien höchst umstritten waren, auch formal anzuerkennen, und zwar in einem bilateralen Vertrag, in den erstmals jene fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz aufgenommen wurden, die ein Jahr später auf der Bandung-Konferenz zu einem Glaubensbekenntnis der Dritten Welt werden sollten. Das Jahr 1954 wurde so zum Höhepunkt des chinesisch-indischen Einverständnisses. Nehru wollte damit den Chinesen gegenüber einen Weg der Verständigung fast um jeden Preis - auch angesichts des in Indien entstandenen Tibet-Schocks - gehen. Als Gegenleistung erhoffte er sich chinesische Großzügigkeit in der heiklen Grenzfrage.

- Gleichwohl kam es, beginnend mit dem zweiten Tibet-Schock von 1959, zu Grenzspannungen, die 1961/62 in einen regelrechten Krieg einmündeten, der zugunsten Chinas endete.

- 1971 schließlich zerbrach im Anschluß an den indisch-pakistanischen Krieg die bisherige Machtbalance, die seit 1947 auf dem Subkontinent bestanden hatte. Nicht mehr Indien und

Pakistan waren nun die einander ausgleichenden Gewichte, sondern vielmehr Indien und die Sowjetunion auf der einen und Pakistan sowie China auf der anderen Seite. Die neue Achse Delhi-Moskau war bereits durch den indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag vom August 1971 formell besiegelt worden und hatte sich während des für Indien so siegreichen Dezember-Kriegs gegen Pakistan aufs beste bewährt. Im Gegenzug intensivierte Peking seine Unterstützung für Pakistan und wurde zum wichtigsten Waffenlieferanten des nach dem Verlust Ostbengalens verbliebenen Reststaates.

- 1979: 17 Jahre nach dem Grenzdebakel besuchte zum ersten Mal wieder ein indisches Regierungsmitglied, Außenminister Atal Bihari Vajpayee, die VR China (12. bis 19. Februar 1979). Vajpayee war bereits für Oktober 1977 angemeldet, hatte sich damals aber wegen einer "Krankheit" entschuldigen lassen. Im März 1978 hatte darauf eine chinesische Delegation unter Wang Bingnan der Republik Indien einen Besuch abgestattet und dabei den indischen Außenminister von neuem zu einem Besuch verpflichtet. Vajpayee machte schon vor seinem Reiseantritt klar, daß der 1971 mit Moskau geschlossene "Vertrag für Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit" fortbestehen bleiben und nach wie vor die Grundlage der indisch-sowjetischen Beziehungen bilden müsse. Peking solle sich also keinen Illusionen hingeben, erhielt freilich die Zusicherung, daß dieser Vertrag keineswegs gegen irgendein drittes Land gerichtet sei. Indien habe sich z.B. nie für den bereits seit 1969 auf dem Tisch

liegenden Vorschlag Breschnews für ein "kollektives Sicherheitssystem in Asien" vereinnahmen lassen. Und noch ein weiterer schwerer Stein wurde an Vaypajees Fersen geheftet, ehe er seine Reise nach Peking antrat: Eine Reihe von Kongreßmitgliedern warnten ihn nämlich davor, jene Resolution zu mißachten, die das Parlament 1962 nach dem verlorenen Grenzkrieg gegen die Chinesen einstimmig verabschiedet hatte. Darin war die Entschlossenheit des indischen Volkes bekräftigt worden, "die Aggressoren von der heiligen Erde Indiens zu vertreiben, so hart und lange der Krieg auch sein möge" (1). In Peking ließ Vaypajee keine der peinlichen bilateralen Fragen aus: Er brachte die Frage von Jammu und Kaschmir, ferner das Grenzproblem und die angebliche Unterstützung der Rebellen in Nordwestindien durch China zur Sprache und wies ferner - in der Tibet-Frage - darauf hin, daß Indien aus Respekt vor dem Dalai Lama den tibetanischen Flüchtlingen einschließlich ihres geistlichen Oberhauptes Asyl gewähre.

Allein die für das chinesische Gefühl allzu enge Verbindung zwischen Neu-Delhi und Moskau blieb unerwähnt. Nur einmal wies Huang Hua bei einer Bankettrede auf die Störfunktion der "Supermächte und Hegemonisten" überall in der Welt hin (2). Im übrigen aber bemühte man sich, die Gemeinsamkeiten groß herauszustellen und die Differenzen zu minimalisieren. Beide kamen beispielsweise immer wieder auf die bereits 1954 ausgearbeiteten fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu sprechen. U.a. erinnerte man sich auch daran, daß Indien und China gemeinsam an der Lösung der Korea-Frage sowie der Beendigung des Imperialismus in Indochina gearbeitet hätten, und beide nahmen auch gerne auf den Geist von Bandung Bezug. Gerne hörten die Chinesen die Ausführungen Vaypajees über "unsere beiden Nationen, die zwei Fünftel der Menschheit umfassen. Wir sind die Erben von zwei der ältesten Zivilisationen der Welt..." usw. (3). Einig war man sich damals auch darin, daß Indien zum Besitz von Atomwaffen berechtigt sei. Dies betonte Deng Xiaoping in einem Interview vom 14. Februar: Bevor nicht die Nuklearmächte als erste sich bereiterklärt hätten, nie Nuklearwaffen einzusetzen und sämtliche Nuklearwaffen zu vernichten, besäßen sie kein Recht, andere vom Nuklearwaffenbesitz auszuschließen (4).

Es wurde also immerhin eine Basis gefunden, die sich als Minimalplattform für weitere Gespräche recht gut geeignet hätte. Allerdings wurde der Besuch Vaypajees am Ende dann doch wieder durch ein Ereignis überschattet, das nicht nur ihn, sondern auch die indische Regierung tief beleidigt haben muß: Am 17. Februar nämlich marschierten die Chinesen in Nordvietnam ein, ohne ihren gerade in Peking weilenden Gast vorher auch nur mit einem einzigen Wort darauf hingewiesen zu haben. In der indischen Presse, nicht zuletzt aber auch in der Lok Sabha, brach ein Sturm der Entrüstung gegen China aus: Peking gefährde mit seiner Aktion nicht nur die territoriale Integrität Vietnams, sondern auch den

Frieden und die Sicherheit in der ganzen asiatischen Region (5).

Damit schien der neue Anlauf für eine Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen, der bereits 1976 mit dem Wiederaustausch von Botschaftern begonnen und mit dem Besuch Vaypajees 1979 so hoffnungsvoll fortgesetzt worden war, wieder unterbrochen.

Der Tod Marschall Titos brachte es jedoch mit sich, daß sich am 8. Mai im Belgrader "Intercontinental Hotel" die obersten Vertreter beider Staaten, nämlich Indira Gandhi und Ministerpräsident Hua Guofeng, zu einer halbstündigen Aussprache treffen konnten, die in "freundschaftlicher Atmosphäre" geführt wurde (6). Hua Guofeng gratulierte dabei der indischen Regierungschefin zu ihrem bemerkenswerten politischen Comeback und betonte, daß Peking an einer stabilen Regierung in Neu-Delhi genauso interessiert sei wie an einem wohlhabenden und starken Indien, das Sicherheit und Frieden in der Region garantieren könne. Dieses Belgrader Treffen war die erste chinesisch-indische Begegnung seit dem Treffen zwischen Zhou Enlai und Nehru, dem Vater Indira Gandhis, im Jahre 1960.

Damit waren Präliminarien für eine erneute Annäherung gesetzt. In einem Interview am 25. Mai (7) betonte Indira Gandhi, daß Indien keine Vorbedingungen für Gespräche mit China stelle. Es liege im Interesse Asiens, daß sämtliche Länder der Region zu ihrem eigenen Besten zusammenarbeiteten. Ehe allerdings Gespräche auf höchster Ebene stattfinden könnten, müßten sich erst die Außenminister treffen.

Deng Xiaoping fing den ihm zugeworfenen Ball auf und gab am 21. Juni 1980 dem Chefredakteur der Monatszeitschrift "Vikrant", Krishan Kumar, ein Interview, in dem er auf die Verbesserung der bilateralen Beziehungen drängte. Außerdem schlug er ein "package deal" vor. Wörtlich: "Solange beide Seiten ehrlich sind, den gegenwärtigen Grenzstand respektieren und einander Toleranz bezeigen, kann die chinesisch-indische Grenzfrage durch friedliche Verhandlungen gelöst werden." Der Xinhua-Kommentator fügt hinzu, daß China in der Tat niemals die Rückkehr des gesamten Territoriums verlangt habe, das von den alten Kolonialisten illegal Indien zugeschanzt wurde. Vielmehr habe China vorgeschlagen, daß beide Seiten einander Zugeständnisse machen müßten - China im Ostsektor und Indien im Westsektor -, und zwar auf der Basis der gegenwärtig bestehenden De-facto-Grenzlinie. Dies sei der Kern des "Pakets". Man solle nicht vergessen, daß China und Indien schon vor langer Zeit die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz vertraglich niedergelegt hätten. Selbst wenn es aber einstweilen nicht zu einer endgültigen Lösung komme, könnten sich beide Staaten doch auf der Basis der Koexistenzprinzipien friedlich annähern und stärker als bisher zusammenarbeiten. Dazu aber bedürfe es friedlicher Verhandlungen (8).

II. Die Pluspunkte im chinesisch-indischen Verhältnis

Wie oben bereits erwähnt, gibt es eine Reihe von Punkten, in denen Peking und Neu-Delhi einig sind: Da ist zunächst einmal die Einsicht, es nach fast zwanzig Jahren Feindschaft an die Zeit ist, das Kriegsbeil zu begraben und wieder intensivere Beziehungen zu pflegen, wie es den zwei größten Völkern Asiens nun einmal angemessen sei. Auch in der Grenzfrage muß es - so oder so - einen Kompromiß geben. Dieses Hindernis darf nicht weitere Jahrzehnte stehen bleiben. Einig ist man sich ferner über die Lösung der Korea-Frage, über die Ablehnung der KSA, über die Notwendigkeit einer starken Blockfreien-Bewegung, über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, über die Entspannung im allgemeinen, über die Lage im südlichen Afrika sowie im Nahen Osten und über die Notwendigkeit einer Friedenszone im Indischen Ozean; selbst in der Tibet-Frage zeichnen sich Lösungen am Horizont ab (9).

Neuerdings kommen noch zwei weitere Punkte hinzu, die bei den Chinesen Wohlgefallen auslösen:

- Die indische Regierung hat der Sowjetunion klargemacht, daß sie ihre Truppen aus Afghanistan zurückziehen müsse. Auch der Sonderbesuch von Außenminister Gromyko Mitte Februar in Neu-Delhi hat an dieser Haltung Delhis nichts ändern können (10).

- Mit Befriedigung hat Peking auch die Absicht Indiens zur Kenntnis genommen, die einseitige Waffenabhängigkeit von der Sowjetunion in Zukunft durch stärkere Waffeneinkäufe in den USA zu lockern. Amerikanische Statistiken für den Zeitraum von 1967 bis 1976 zeigen, daß Indien in diesem Zeitraum aus den USA nur Waffen im Werte von 40 Mio. US\$ erhalten hat, während es im gleichen Zeitraum von der Sowjetunion Waffen im Werte von 1,3 Mrd. US\$ bezog. Dies solle in Zukunft geändert werden (11).

Eine Schwalbe macht zwar noch keinen Sommer, doch haben die immer zahlreicher werdenden Kontakte auf höherer Ebene und die wachsenden Gemeinsamkeiten in Marginalfragen ein Klima geschaffen, das sich in den nächsten Jahren noch weiter verbessern läßt, wenn beide Seiten nicht erneut aus irgendeinem Grund ihr Interesse verlieren - und wenn sich vor allem das negative Punktekonto abbauen läßt.

III. Die Minuspunkte

Läßt man sich hier auf ein Zahlenspiel ein, so ergeben sich zwei Probleme, die schwierig und sechs weitere, die leichter zu lösen sind.

1. Die beiden Hauptfragen: Moskau-Bindung und Grenzstreitigkeiten

a) Die indische Anlehnung an die Sowjetunion

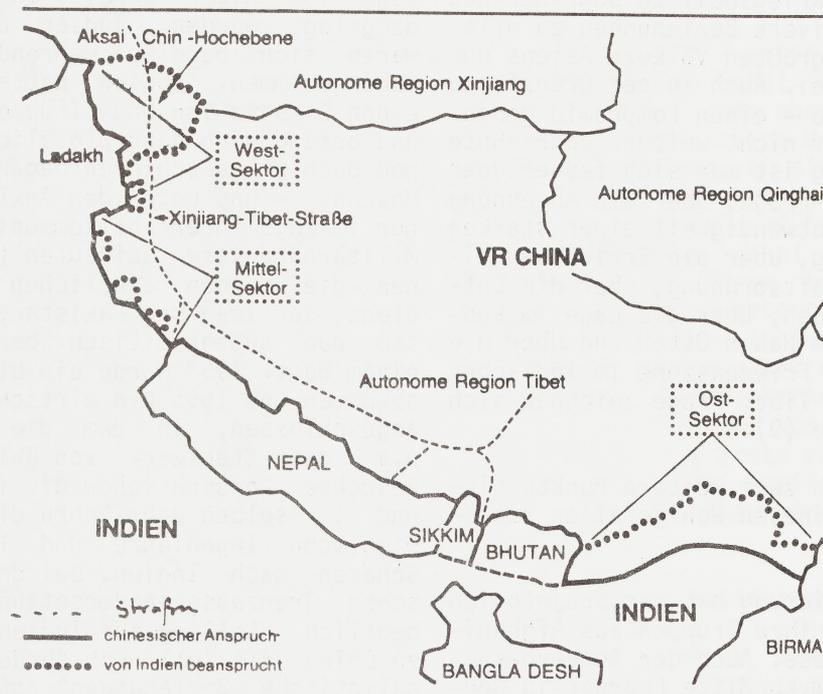
Die indisch-sowjetischen Freundschaftsbeziehungen haben eine lange Geschichte, deren Grundzüge vom Autor bereits in CHINA aktuell (12) dargelegt wurden. Indien und die Sowjetunion waren sich bereits während des Korea-Kriegs nähergekommen. Indien hatte sich damals gegen einen Einsatz von UNO-Truppen in Korea gewandt und befand sich dann plötzlich, als diese Truppen doch zu marschieren begannen, auf der Seite Moskaus - und unter den Anklägern der USA, die nun im Zuge ihrer antikommunistischen Strategie Militärbündnisse aufbauten (SEATO, CENTO), denen die beiden feindlichen Nachbarstaaten Indiens, der Iran und Pakistan, beitraten. Indien saß nun außenpolitisch bereits mit Moskau in einem Boot. 1953 wurde ein bilaterales Handelsabkommen und 1955 ein Wirtschaftshilfe-Abkommen abgeschlossen, in dem die Sowjets den Indern u.a. das Stahlwerk von Bhilai zusagten. 1955 besuchte Chruschtschow die indische Hauptstadt und im selben Jahr Nehru die Sowjetunion. Sowjetische Ingenieure und Techniker kamen in Scharen nach Indien. Bei den indisch-chinesischen Grenzauseinandersetzungen bezog Moskau deutlich Stellung für Indien, obwohl es damals zu China offiziell noch "brüderlich internationalistische Beziehungen" pflegte. Mit dieser "Feuerprobe" wurden die indisch-sowjetischen Beziehungen noch enger. Höhepunkt dieser Entwicklung war schließlich der Freundschaftsvertrag vom August 1971, der von China als militärisches Beistandsabkommen interpretiert wurde und der zahlreiche Kritiker zu dem Urteil veranlaßte, Indien habe mit diesem Vertrag den von Nehru vorgezeichneten Weg des Non-alignment endgültig verlassen. In Art.4 des Vertrags heißt es zwar, daß die Sowjetunion die Politik der Nicht-Paktgebundenheit Indiens "achte"; diese Aussage wird jedoch weitgehend durch die Beistandsklausel des Art.9 entwertet: "Sollte einer der Vertragspartner Objekt eines Überfalls werden oder sollte ihm ein Überfall drohen, werden die hohen vertragschließenden Seiten unverzüglich gegenseitige Konsultationen mit dem Ziel aufnehmen, diese Gefahr zu beseitigen und entsprechende effektive Maßnahmen zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit ihrer Länder zu ergreifen."

Dieser Vertrag sollte sich schon wenige Monate später beim "Dezember-Krieg" und bei der "Zerstückelung" Pakistans voll bewähren. Moskau sprang hier nicht nur mit Rat, sondern auch mit Waffenhilfe ein und bewirkte so, daß die seit 1947 bestehende Machtbalance nunmehr endgültig zugunsten Indiens - globalpolitisch aber auch zugunsten der Sowjetunion - verändert wurde. Am 26. November 1973 besuchte Breschnew die Republik Indien. Die chinesische Propaganda wollte schon damals von einer Gewährung von Marinebasen an die Sowjetunion wissen, u.a. in Port Blair auf den Andamanen und in Vishakapatman an

der indischen Ostküste. Peking wies auch immer wieder darauf hin, daß Indien in Gefahr sei, auf dem Gebiet des Militär- sowie des Energiesektors von der Sowjetunion abhängig zu werden (13).

lich "die Meinung" in der Afghanistan-Frage gesagt hat (16), und daß Außenminister Narashima Rao diesem Standpunkt auch bei seinem fünf-tägigen Besuch in der Sowjetunion Anfang Juni treu geblieben ist (17).

Karte Nr. 1 Umstrittene Abschnitte an der chinesisch-indischen Grenze



Diese Gefahr wird auch heute noch betont. Xinhua wies am 28. Mai darauf hin, daß die Sowjetunion den Indern erneut für 13 Mrd. Rupien (=1,6 Mrd. US\$) Waffen liefern wolle. Ein entsprechendes Abkommen sei Mitte Mai anlässlich des Besuches einer Delegation des indischen Verteidigungsministeriums in Moskau geschlossen worden. Indien habe für die Waffenlieferungen einen Kredit erhalten, der erst in 17 Jahren zurückgezahlt werden müsse. Der Katalog umfasse raketentragende Patrouillenboote der Peta-Klasse, Luft-Luft- und Boden-Boden-Raketen, panzerbrechende Waffen und elektronische Ausrüstungen. Es handle sich hier um einen der größten Waffenkäufe, die Indien seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1947 getätigt habe. Indiens gesamter Waffenbezug aus dem Westen während der vergangenen 25 Jahre habe sich auf rund 25 Mrd. Rupien (ungefähr 3 Mrd. US\$) belaufen (14). Zu den Waffen gehörten auch T 74- und T 72-Panzer. Außerdem habe Indien Verhandlungen über die Lieferung von MiG 23-Jagdflugzeugen geführt. Die MiG 23 solle die überholte Sukhoi su-7, die hf-24 Marut und das Hunter-Flugzeug ablösen, die zusammen die taktische Luftwaffe Indiens bildeten. Die ersten MiG 23 sollten angekauft, weitere Staffeln aber in Lizenzproduktion hergestellt werden. Indien baut schon seit Jahren MiG-Jäger in Lizenz (15). Als kleines Trostpflaster kann aus chinesischer Sicht nur gelten, daß Indien, wie bereits erwähnt, das KSA ablehnt, daß es den sowjetischen Außenminister Gromyko bei seinem Besuch im Februar 1980 deut-

Die Afghanistan-Frage ist aus chinesischer Sicht inzwischen zu einer Art Gretchen-Frage an jeden Staat geworden. Wer sich gegen die Moskauer Politik stellt, darf der Sympathie Chinas von vornherein sicher sein, auch wenn ihn weitere Probleme von Peking trennen. Insofern sieht die Führung in Peking Licht am Ende des Tunnels, auch wenn - gerade nach der Rückkehr Indira Gandhis ins Amt des Ministerpräsidenten - kaum Aussichten bestehen, daß Indien von seinen gewinnbringenden Beziehungen mit der Sowjetunion abbrückt.

b) Die Grenzfrage

Hier ist zwischen einem Ost-, einem West- und einem Mittelsektor zu unterscheiden, wobei der "Mittelsektor" im allgemeinen gleich mit zum Westsektor gerechnet wird (vgl. Karte 1).

Eine Zeitlang sprach man auch von den "fünf Fingern Chinas" nach Indien - ein plastisches, wenn auch falsches Bild, weil es einen chinesischen Zugriff assoziiert. Gemeint mit den "fünf Fingern" waren - von West nach Ost - Ladakh, Nepal, Bhutan, Sikkim und das NEFA-Gebiet (North East Frontier Agency). Entlang dem 3.400 km langen Grenzverlauf Chinas nach Süd-Asien, an dem diese "fünf Finger" angewachsen sind, ist bisher nur die gemeinsame nepalesisch-chinesische Grenze, also eine Strecke von 1.050 km, von China fest anerkannt. Das NEFA-Gebiet und die Ladakh-Zone sowie Bhutan und Sikkim mögen zwar natürliche Grenzverläufe

(Hauptkante und juristisch verbindliche Anerkennung durch China) Himalaja und Wasserscheide Bhutans (Sikkims) aufweisen; ihnen fehlt jedoch die verbindliche Anerkennung durch China. Am meisten umstritten sind das NEFA- und Ladakh-Gebiet - beide im wesentlichen mit Ost- bzw. Westsektor zusammenfallend. Dort hatten 1962 jene schweren Grenzkämpfe zwischen Indien und China stattgefunden.

China ist besonders interessiert am Westsektor, dessen "weiße Steinebene" (Aksai Chin) den Chinesen in den Jahren 1956/57 jene strategisch so wichtige Straße gebaut wurde, die die beiden Autonomen Regionen Xinjiang und Tibet miteinander verbindet. Bezeichnenderweise erfuhren die Inder erst durch eine Meldung der RMRB vom 2.9.1957, daß diese immerhin 1.200 km lange Straße inzwischen gebaut worden sei. Sie protestierten daraufhin in einer Note vom 18. Oktober 1958. Die Chinesen reagierten erstaunt, da es sich hier nicht um "indisches", sondern um "chinesisches" Territorium handle. Die Grenzlinie im Westsektor sei noch nie verbindlich festgelegt worden; man müsse darüber verhandeln.

Aus der Sicht Chinas ist auch der Grenzverlauf im Ostsektor ungeregelt. Entstanden ist die ganze Grenzproblematik im NEFA-Bereich aus den Bemühungen der ehemaligen britischen Kolonialregierung, im Nordosten Indiens eine Reihe von Pufferstaaten zwischen Tibet und Indien zu schaffen und außerdem eine Grenze zwischen Tibet und Britisch-Indien festzulegen. Auf der Konferenz von Simla (1913/14), an der China, Tibet und eine britische Delegation unter Sir Henry McMahon teilnahmen, wurde zu diesem Zweck die "McMahon-Linie" fixiert, die im allgemeinen der Kammlinie entlang der Himalaja-Berge von Assam folgt. Tibet stimmte diesem Vorschlag zu, doch China verweigerte die Ratifizierung der Abgrenzungsvereinbarungen. In den folgenden Jahren bemühte sich Großbritannien um die Stammesgebiete südlich dieser tibetisch-indischen Grenze und schuf dort mehrere Verwaltungsareale, die sich schließlich auf nicht weniger als sieben Gebiete beliefen. Diese sieben Territorien wurden 1954/57 zu einer gemeinsamen North East Frontier Agency (NEFA) vereinigt. Allerdings wurde das von 400.000 Menschen bewohnte Naga-Land am 1. September 1960 wieder aus diesem Verbund herausgelöst und als 16. Bundesstaat innerhalb der Indischen Union anerkannt, womit man hoffte, die secessionistischen Ambitionen der Naga-Rebellen etwas zurückschrauben zu können.

Aus der Sicht Chinas ist auch die NEFA-Frage nach wie vor ungeregelt, während Indien davon ausgeht, daß dieses Nordostgebiet ohne Zweifel indisch sei.

Indien stützt sich bei seiner Argumentation auf nicht weniger als drei Verträge, nämlich den Vertrag von 1684 zwischen Ladakh und Tibet, auf das Abkommen von 1842 zwischen Kaschmir und Tibet sowie auf die eben erwähnte Simla-Konvention von 1914.

Die chinesische Seite bezweifelt demgegenüber entschieden die Existenz des angeblichen Vertrags von 1684, von dem die indische Regierung nur eine dubiose Übersetzung aus sekundärer Quelle anzubieten hat. Der Vertrag von 1842 andererseits befaßt sich aus der Sicht Pekings nur ganz am Rande mit dem Grenzverlauf und nimmt dabei Bezug auf die Zustände, wie sie "seit alter Zeit" geherrscht haben, ohne daß diese Aussage näher konkretisiert würde. Die Abmachungen der Simla-Konvention schließlich werden von China deshalb nicht anerkannt, weil sich erstens China damals aus den Verhandlungen zurückgezogen habe und weil zweitens Tibet sich drei Jahre vorher, also im Jahre 1911, von China losgerissen hatte und - als vorübergehend abgenabelte Einheit - nicht mit einer für China verbindlichen Wirkung Verträge abschließen konnte - so ist die chinesische Argumentation (18). Da Tibet sich zwischen 1911 und 1950 aus dem chinesischen Herrschaftsverband gelöst hatte, taucht hier die schwierige Frage der Völkerrechtssubjektivität periodisch abgefallener Teilstaatgebiete auf. Im indisch-chinesischen Verhältnis allerdings dürfte diese Frage irrelevant gewesen sein, seit Nehru in dem chinesisch-indischen Abkommen von 1954 über Tibet in aller Förmlichkeit einräumte, daß es sich bei den Angelegenheiten auf dem Dach der Welt um rein innerchinesische Belange handle.

Zusammenfassend: China geht davon aus, daß die Grenzfragen sowohl im Ost- als auch im Westsektor ungeregelt sind. Die britischen Kolonialherren hätten allerdings an beiden Stellen willkürlich Linien gezogen (im Westsektor waren es zwischen 1865 und 1912 gleich vier solcher Linien, die jedoch wegen der Unwegsamkeit des Geländes jedesmal verschieden ausfielen), doch seien diese Linien keine verbindlichen Grenzen gewesen. Chinesischerseits sei man deshalb zu einer Politik des Gebens und Nehmens bereit.

Die Inder andererseits gehen davon aus, daß beide angeblich "umstrittenen" Gebiete eindeutig indisches Territorium seien. Aus diesem Grunde auch suchten sie, wie Neville Maxwell in seiner Standardmonographie "India's China War" nachgewiesen hat, durch eine Vorwärtsstrategie in den Jahren 1961/62 dieses "indische Gebiet" heim ins Reich zu holen, mußten dabei allerdings eine vernichtende Niederlage hinnehmen.

China hat an seinem Willen zu Verhandlungen nie einen Zweifel gelassen - und aus diesem Grunde auch durchaus konsequent gehandelt, als es nach Beendigung der Feindseligkeiten seine Truppen freiwillig 20 km hinter die bisherige Kontrolllinie zurückzog und außerdem gegen Quittung Gefangene und erbeutete Waffen an Indien zurückgab. Die Weltöffentlichkeit rätselte damals an den Motiven Chinas für dieses Verhalten herum. Hätte man damals allerdings mehr Einfühlungsvermögen in die chinesische Situation gehabt (was im Zeichen des damaligen Kalten Krieges offensichtlich noch nicht möglich war), wäre dieser freiwillige Rückzug ohne weiteres als Aufrechterhaltung des Verhandlungsangebots

erklärbar gewesen.

Das "uralte" Verhandlungsangebot wurde nun mit dem "Paket-Plan" Deng Xiaopings neu aufgegriffen. Indien möge doch bitte Konzessionen im Westsektor machen und damit endgültig auch die Straße von Tibet nach Xinjiang als chinesische Arterie anerkennen, während China im Gegenzug bereit sei, im Ostsektor Zugeständnisse zu machen. Letztendlich werde hier nicht mehr anerkannt als der Status quo, wie er gegenwärtig in Form der aktuellen Kontrolllinie ohnehin bestehe (19). Schon vorher hatte RMRB (20) noch einmal festgestellt, daß "China niemals auch nur einen Zoll indischen Territoriums besetzt hat, daß Indien vielmehr im Gegenteil im Ostsektor über die traditionelle Grenzlinie hinausgedrungen sei und rund 90.000 qkm chinesischen Territoriums besetzt halte.

Während Indien also behauptet, China halte im Westsektor 25.000 qkm "indischen" Territoriums besetzt (diese gingen denn auch bei Anerkennung der aktuellen Kontrolllinie "verloren"), gibt China vor, im Ostsektor bei einer Paket-Lösung gleich 90.000 qkm zu verlieren! Ein solcher "Verlust" wird von den Indern allerdings bestritten, da es sich im Ostsektor ebenfalls um rein indisches Territorium handle, nämlich um einen Teil des Bundesstaates Arunachal Pradesh.

In einem indischen Kommentar zum Vorschlag Deng Xiaopings heißt es, daß der chinesische Vorstoß nichts Neues bringe. Analysiere man Dengs Vorschlag auf seine Kernelemente, so laufe er darauf hinaus, daß Indien im Westsektor auf all jene Positionen verzichten müßte, die es seit der "Annexion der Aksaichin-Ebene durch China" eingenommen hat, und daß es dafür als Belohnung gnädig den Ostsektor geschenkt erhalte, der ihm ohnehin gehöre. Indien könne die chinesischen Prämissen, auf denen der Paket-Plan beruhe, nicht annehmen.

Unannehmbar sei aber auch der weitere Vorschlag Dengs, daß bei einem weiteren Fehlschlagen der Grenzverhandlungen wenigstens in allen übrigen Bereichen Beziehungen der friedlichen Existenz begründet werden sollten. Wie sei eine solche Koexistenz möglich angesichts weiterer chinesisch-indischer Reibereien, z.B. in der Sikkim-Frage, in der Frage der Karakorum-Hochstraße und angesichts der Unterstützung nordostindischer Rebellen durch China!? (21)

Sollte auch die indische Regierung so denken, so bliebe eine weitere chinesisch-indische Annäherung auch in Zukunft in weiter Ferne. Diese Haltung ist umso unlogischer, als man ja in Neu-Delhi davon ausgehen muß, daß sich - will man nicht auf ein Wunder warten - am gegenwärtigen Status quo, der in Form eines einseitigen Waffenstillstands von seiten Chinas nun schon seit 1962 besteht, auch in Zukunft kaum etwas ändern wird. Warum also hier nicht endgültig einen dicken Strich unter die Vergangenheit ziehen!?

2. Die "Nebenfragen"

a) Unterstützung von Guerilla-Bewegungen in Nordostindien durch China?

Im indischen Nordosten, der vom übrigen Indien durch den nur rund 20 km breiten Siliguri-Korridor (zwischen Nepal/Sikkim/Bhutan und Bangladesch) verbunden ist, also sich in einer strategisch höchst exponierten Region befindet, liegen sechs Bundesstaaten (Assam, Nagaland, Meghalaya, Manipur, Tripura und Mizoram), von denen zwei schon seit Jahrzehnten politisch höchst instabil sind.

Karte



Vor allem während der Kulturrevolution machte sich China die separatistischen Bestrebungen der Mizos und der Nagas zunutze. Im April 1966 beispielsweise besetzten Mizo-Einheiten sämtliche über Mizoram verstreuten Regierungsämter, entführten die dortigen Beamten und konnten erst durch Truppen der indischen Zentralregierung niedergekämpft werden. Die Mizos wurden anschließend in "hamlets" angesiedelt, wie sie bereits in Vietnam Verwendung gefunden hatten.

Ähnlich problematisch war die Situation im Nachbarland der Nagas. Zumindest in den Jahren 1966, 1969 und 1972 konnte Indien mehrere Kontingente von Untergrundkämpfern identifizieren, die in China ausgebildet worden waren (22).

Es war vor allem die Sowjetunion, die immer dann, wenn sie Indien gegen China aufbringen wollte, in dieser Wunde bohrte. TASS (23) bezichtigte z.B. 1975 die Chinesen, sie hätten erneut drei Gruppen von Naga-Rebellen unter dem Kommando von Personen, die "mit den Pekinger Geheimdiensten in enger Verbindung stehen", nach China geschleust, um sie dort auszubilden (24).

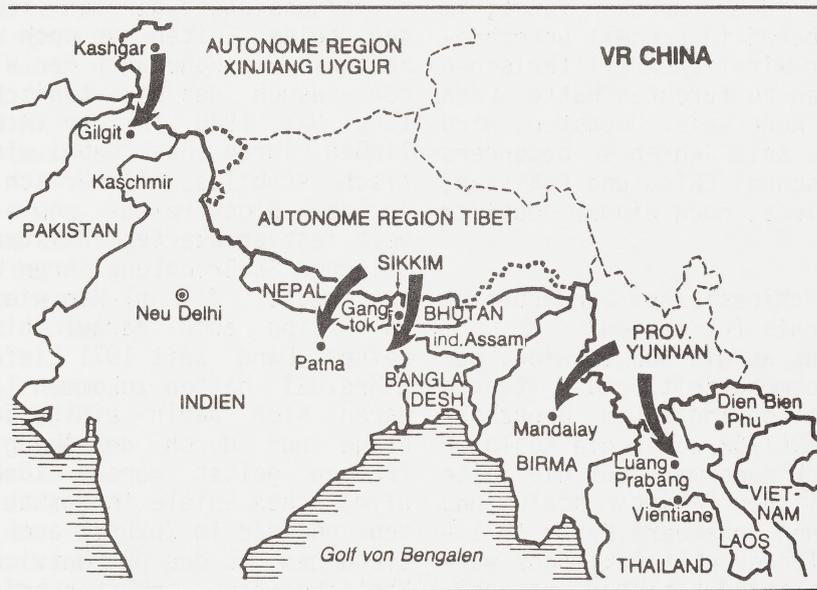
Auch bei den Unruhen, die im Jahre 1980 in Assam und Tripura ausgebrochen sind, soll nach sowjetischer Beschuldigung die VR China mitgewirkt haben. Assam ist einer der reichsten Bundesstaaten Indiens. Mit 4,8 Mio.t bestreitet der Bundesstaat ein Drittel der gesamten indischen Erdölproduktion. Er liefert 52% des indischen Tees, 60% der Sperrhölzer und 30% der Jute. Neuerdings kam es in diesem wirtschaftlich und strategisch so wichtigen Staat zu

schweren Auseinandersetzungen innerhalb der Bevölkerung, die mit der Überwanderung der "Urbewölkerung" durch bengalische Moslems zu tun haben. 5 der insgesamt 19 Millionen Einwohner rekrutieren sich heute schon aus bengalischen Moslems. Die ersten von ihnen waren 1826 im Gefolge der britischen Kolonialherren als Verwaltungsangestellte gekommen. Nach der Gründung des Staates Bangladesh, die das Ende Ostpakistans bedeutete, kam eine neue Flüchtlingswelle, so daß sich die "Söhne der Scholle" immer mehr bedrängt fühlten, zumal die Zugewanderten wirtschaftlich schon bald die besseren Positionen einnahmen. Die "Söhne der Scholle" richteten daraufhin an die Zentralregierung in Neu-Delhi die Bitte um Expatriierungsmaßnahmen. Da Neu-Delhi sich jedoch taub zeigte, wandte sich der Unmut der Bevölkerung nunmehr auch gegen die Zentralregierung. Es kam zu Arbeitsniederlegungen, zur Behinderung der Ausfuhr von Öl, Jute usw. und zu blutigen Zusammenstößen zwischen bengalischen Moslems und den Einheimischen.

Manipur seien die Unruhen hauptsächlich gegen die Einwanderung der Bengalen gerichtet.

Am 1. Mai mußte ein Sprecher des indischen Außenministeriums Berichte dementieren, die darauf hinwiesen, daß Indien vor einiger Zeit bei der chinesischen Botschaft in Neu-Delhi Protest gegen die chinesische Einmischung im Nordosten erhoben habe (27).

Gleichwohl sah sich RMRB (28) gezwungen, jede chinesische Einmischung von der Hand zu weisen. In einem scharf gefaßten analytischen Artikel wies der Verfasser Gui Dongchang auf die Ursachen der Unruhen hin. Es gebe in Assam eine Bewegung zur "Vertreibung der Ausländer", wobei man sich mit der Zentralregierung darüber streite, ob das Demarkationsjahr für die Einstufung zum "Ausländer" auf das Jahr 1951 (dies fordern die Assam-Nationalisten) oder auf 1971 (so Neu-Delhi) gesetzt werden solle. Würde sich die Assam-Datierung durchsetzen, so gäbe es heute dort 2,5 Millionen "Fremde", während es



Unter diesen Umständen war es kein Wunder, daß Indien auch besorgt nach Peking sah, das - so war man überzeugt - ganz gewiß das Feuer noch zusätzlich schürte, zumal an der Spitze der Assam-Nationalisten zwei studentische Verbände standen, die chinesischen Einflüsterungen angeblich besonders zugänglich sind.

Ähnliche Aufstände gab es auch in den Nachbarstaaten Manipur und Tripura, wo die Zentralregierung in Neu-Delhi ebenfalls seit Dezember 1979 die Direktregierung in die Hand genommen hatte (25).

Die polnische Nachrichtenagentur PAP (26) vermutet hinter den Unruhen in Manipur die "People's Liberation Army", eine "illegale maoistische Organisation mit Rückenstützung Pekings". Ziel der PLA sei es, einen unabhängigen Staat zu schaffen, der nicht nur Manipur, sondern auch Teile von Bangladesh und Birma umfaßt und bis zur Bucht von Bengalen reicht. Auch in

beim Demarkierungsjahr 1971 nur 1,2 Millionen wären. 1971 gab es in Assam 8,9 Millionen Einwohner, die assamesisch sprachen, und 5,7 Millionen Einwohner aus Bangladesh und anderen Gegenden. Es müßten also nicht sämtliche bengalisch sprechenden Moslems das Land verlassen, auch dann nicht, wenn sich das Assam-Kriterium durchsetze.

Wie man die Sache aber auch drehe und wende: Es handle sich hier um eine ausschließlich innere Angelegenheit Indiens. China habe damit nicht das geringste zu tun, auch wenn sich die Sowjetunion mit ihrer Propaganda nach Kräften darum bemühe, China anzuschwärzen.

In der Tat scheint China zumindest seit dem Sturz der "Viererbande" davon abgegangen zu sein, Aufständische in Nordostindien zu unterstützen. Dies entspräche einer Linie, die Peking auch anderen Staaten, vor allem Thailand gegenüber, verfolgt.

b) Ärger hat in Indien auch der Bau der Karakorum-Hochstraße durch China ausgelöst. Der Bau dieser Verbindung, die am 18. Juni 1978 dem Verkehr übergeben wurde, war bereits 1967 zwischen Peking und Islamabad vereinbart worden. Die Straße führt von Karachi über Lahore und Rawalpindi sowie Islamabad hinein in den pakistanischen Teil von Kaschmir, erreicht dort Gilgit und führt dann durch das hochgelegene Hunza-Tal zum Khunjerab-Paß und dann hinüber nach Chinesisch-Xinjiang, wo die Straße in Kashgar endet. Die Straße, eines der größten Bauprojekte des Jahrhunderts, die mitten durch eine majestätische Berglandschaft führt, macht die potentielle chinesische Präsenz in Südasien deutlich. Insgesamt war die Straße von rund 10.000 chinesischen Straßenbaupionieren zusammen mit Pakistanis gebaut worden (29). Die Straße ist eines der fünf großen politischen Infrastruktursysteme, die von China nach Süd- und Südostasien führen und von denen nicht weniger als drei auf Indien deuten.

Allerdings könnte die Straße, die an Steilabhängen entlang und über Brücken führt, im Ernstfall durch Bombenwürfe schnell unterbrochen werden. Von einer wirklichen militärischen Bedeutung, die Indien zu fürchten hätte, kann also gewiß nicht die Rede sein. Höchstens wird durch die Straße das seit Jahren so besonders gute Verhältnis zwischen China und Pakistan, dem alten Rivalen Indiens, noch einmal deutlich unterstrichen.

c) Die pakistanisch-chinesischen Sonderbeziehungen - ein Ärgernis für Indien?

Die Annäherung Indiens an die Sowjetunion, vor allem aber die Zusammenarbeit beider Staaten anlässlich des chinesisch-indischen Grenzkonflikts von 1959 und 1961/62 waren die Auslöser dafür, daß China sich zunehmend auf die Seite des bis dahin prowestlichen Pakistan schlug und - nach dem verlorenen Dezember-Krieg 1971 - sogar zum Hauptwaffenlieferanten Pakistans wurde. Mitte 1971 bereits stand Pakistan, was chinesische Kreditzusagen anbelangt, zusammen mit Tansania weit an der Spitze aller Empfängerländer chinesischer Entwicklungshilfe. Schon vor 1971 war Pekings Militärunterstützung für Pakistan nicht unerheblich gewesen. Sie begann mit dem Jahr 1965, als es auf dem Subkontinent zum dritten indisch-pakistanischen Waffengang gekommen war. 1970 hatte China den Pakistanis in Ghazipur, 40 km nördlich von Daccar, eine Waffenfabrik übergeben, die freilich mit der Loslösung Ostbengalens von Pakistan verlorenging. Ergänzend bauten die Chinesen die oben bereits erwähnte Karakorum-Allwetterstraße. Ferner lieferten sie den Pakistanis neben zahlreichen kleineren Industriebetrieben auch die Schwermaschinenfabrik von Taxila. Weiterhin bemühte sich China seit 1973 nach Kräften, das alte CENTO-Militärbündnis, das im Februar 1955 als Bagdad-Pakt gegründet wurde, später aber langsam zerfallen war, wieder neu zu zementieren. Im Mittelpunkt der CENTO-Oberlegungen standen die beiden Verbündeten Iran und Pakistan, die, wenn es nach den chinesischen Vorstellungen

gegangen wäre, ein Bollwerk gegen direkte sowjetische Verbindungen mit Indien und gegen ein Vordringen der Sowjetunion um die Golfgegend geworden wären. U.a. sollten beide Staaten im persischen Chah Bahar am Golf von Omar einen Marinestützpunkt ausbauen, mit dessen Hilfe die indische Flotte in Schach gehalten werden könnte (30). Schließlich stellte sich China in der Kaschmir-Frage stets auf den Standpunkt Pakistans.

Einen Höhepunkt hatte das pakistanisch-chinesische Einvernehmen während der Regierungszeit Bhuttos erlangt, der allerdings 1978 gestürzt und im April 1979 gegen den Protest Chinas (31) hingerichtet wurde. Diese momentane Trübung des Verhältnisses wurde aber durch eine Politik der kleinen Schritte (Unterzeichnung eines Grenzhandelsabkommens, Austausch von Luftwaffendelegierten, Übergabe von Waffen- und Munitionsaufbereitungsfabriken an die Pakistanis usw.) wieder beseitigt. Vor allem aber war es die sowjetische Invasion in Afghanistan, die die letzten noch verbliebenen Reste gegenseitiger Vorwürfe in Vergessenheit geraten ließ. Von da an achteten beide Seiten nur noch auf ihre Gemeinsamkeiten. Ein Höhepunkt der Wiederannäherung war der Besuch des pakistanischen Präsidenten Anfang Mai 1980 in der VR China. Die Chinesen ließen ihren Gast dabei wissen, daß ein politisch stabiles, militärisch wohlgerüstetes und in der Blockfreien- sowie in der islamischen Welt festverankertes Pakistan mit antihegemonistischer Stoßrichtung ihren Wunschvorstellungen entspreche. Zia ul-Haq wies bei seinem Besuch in Peking auch darauf hin, daß die Chinesen seinem Land seit 1971 Lieferungen in Höhe von 2 Mrd. US\$ hätten zukommen lassen. Beide Seiten waren sich darin einig, daß die Afghanistan-Frage nur durch den Abzug aller sowjetischen Truppen gelöst werden könne, daß beide die Olympischen Spiele in Moskau boykottieren wollten und daß in Zukunft auch wieder bessere Beziehungen zu den USA entwickelt werden müßten. Möglicherweise arbeiten beide auch an der Ausbildung afghanischer Flüchtlinge in Pakistan, die dann nach Afghanistan eingeschleust werden. Dies wurde jedoch von beiden Seiten stets entschieden bestritten (32).

Muß dieses optimale Verhältnis zwischen Peking und Islamabad aber ein Hindernis für bessere chinesisch-indische Beziehungen sein? Die Frage ist zu verneinen: Pakistan und China waren sich bei den Verhandlungen in Peking darüber einig, daß die Beziehungen zwischen Islamabad und Neu-Delhi im Interesse einer regionalen Stärkung verbessert werden müßten. Kriege seien zwischen beiden Staaten genug geführt worden. Indien müsse endlich verstehen, daß ein starkes Pakistan auch in seinem Interesse liege (33). Indien hat vermutlich auch nichts dagegen einzuwenden, daß China den Pakistanis versprochen hat, im Falle eines sowjetischen Angriffs auf Pakistan Unterstützung zu leisten (34). Auch die indische Führung mag sich ja nicht ganz wohl in ihrer Haut fühlen, wenn sie erkennen muß, daß sowjetische Truppen nur noch 180 km

vor Islamabad, 370 km vor Lahore und nur 300 km, vor der Straße von Hormuz stehen. Indien muß auch erkennen, daß langfristig nicht nur Pakistan, sondern auch der Iran bedroht ist. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat Neu-Delhi sich dazu durchgerungen, das Afghanistan-Abenteuer der Sowjetunion zu kritisieren. Bei einem dreitägigen Besuch des indischen Foreign Secretary, Ram Sathe, in Pakistan Anfang Februar wurde auch über eine Verbesserung der indisch-pakistanischen Beziehungen verhandelt. Dazu der chinesische Kommentar (35): "Wenn die Lippen weg sind, werden die Zähne kalt: Die Lippe Afghanistan schützt nicht mehr; sollten nun auch Pakistan und der Iran fallen, so würde dies der 'Zahn Indien' bald zu spüren bekommen."

d) Seit Abschluß des indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages hatte China sich darum bemüht, die Nachbarstaaten Indiens auf dem Subkontinent, und zwar nicht nur Pakistan, sondern daneben auch Sri Lanka und Nepal sowie die anderen Himalaja-Staaten, die mit Indien zumeist auf höchst gespanntem Fuß stehen, zu einer Art vereinten antiindischen Front zusammenzuschmieden, wobei nicht nur eine Politik des Lächelns und des Divide et impera, sondern auch großzügige Entwicklungshilfe (für Sri Lanka und Nepal) eingesetzt wurden.

Um diese für Neu-Delhi anfangs höchst ärgerliche Politik wurde es in den letzten Jahren ruhig. Peking weiß, daß es auf die Dauer nur dann ein erquickliches Verhältnis zu Indien finden kann, wenn es mit seiner Politik der Nadelstiche aufhört.

Noch ein weiteres bilaterales Ärgernis ist inzwischen beseitigt worden, nämlich die Bangladesch-Frage. Noch im Jahre 1972 hatte Peking ein Veto gegen die Aufnahme Bangladeshs in der UNO eingelegt, weil es den Staat als ein Produkt indisch-sowjetischer Kollaboration betrachtete, dessen offizielle Regierung unter Sheik Mujibur Rahman etwa einen ähnlichen Stellenwert einnehme wie seinerzeit die Regierung des 1932 von den Japanern etablierten Kaiserreichs Mandschukuo. Nachdem sich jedoch Indiens bester Verbündeter in Südasien, Pakistan, mit Bangladesch - dem ehemaligen Ostpakistan, das sich im Dezember-Krieg 1971 von Rawalpindi losgerissen hatte - anerkannt hatte, waren auch die Hindernisse für eine Annäherung zwischen Peking und Dacca beseitigt. Am 4. Oktober 1975 nahmen Peking und Dacca diplomatische Beziehungen auf (36). Dieser Entschluß wurde den Chinesen noch dadurch erleichtert, daß im August 1975 Mujibur Rahman gestürzt worden war, den man chinesischerseits stets als Marionette Indiens bezeichnet hatte. Allerdings konnte Indien über die neue Politik gegenüber Bangladesch kaum Freude empfinden, da die Nachfolger Mujibur Rahmans gegenüber Indien auf Distanz gingen.

So ärgerlich diese Entwicklung auch immer verlaufen sein mag - ein wirkliches Hindernis für eine chinesisch-indische Annäherung kann sie

heute unmöglich noch sein!

e) Die "Annexion Sikkims" durch Indien: Im April 1975 hatte die indische Regierung unter militärischem Druck die Abschaffung der Institution des Chogyal (Königs) und die Verwandlung Sikkims in einen konstitutionellen Staat Indiens veranlaßt. Peking (37) protestierte gegen diesen "expansionistischen" Akt, durch den Indien in das empfindliche Staatengefüge entlang der chinesisch-vietnamesischen Grenze eingegriffen hatte. Indien habe schon kurz nach der Unabhängigkeit im Jahre 1947 Sikkim in ein "Protektorat" verwandelt. Mit Unterstützung der sowjetischen "Sozialimperialisten" sei die indische Regierung immer skrupelloser geworden. 1973 habe sie ihre Truppen in Gangtok, der Hauptstadt von Sikkim, einmarschieren lassen und dort die Administrativgewalt übernommen (38). Durch die Maßnahmen vom April 1975 habe die indische "Expansionspolitik" ihren endgültigen Höhepunkt erreicht (39).

Ähnlich wie sich Indien heute über Tibet beruhigt hat, scheint sich nach fünf Jahren auch in China die Aufregung über die indische Sikkim-Politik gelegt zu haben. Von einem ernsthaften Wiederannäherungshindernis kann also auch hier keine Rede mehr sein!

f) Jüngstes Ärgernis im chinesisch-indischen Verhältnis ist die diplomatische Anerkennung der kambodschanischen Heng-Samrin-Regierung durch Indien im Juli 1980, die von China, das ja entschlossen gegen die VR Kampuchea und engagiert für das Demokratische Kampuchea eintritt, als "Torheit" bezeichnet wurde (Näheres hierzu im Indochina-Thema des vorliegenden Hefts unter B II).

Dieser Schritt Indiens veranlaßte die Chinesen, den bereits für Oktober angekündigten Besuch von Außenminister Huang Hua in Indien abzusa-gen. Allerdings betonte das chinesische Außenministerium, daß es sich hierbei nur um einen - den chinesischen Protest manifestierenden - Aufschub, nicht jedoch um eine definitive Absage des Besuches handle. Huang Hua sollte den Besuch des indischen Außenministers Vaypajee vom Februar 1979 erwidern.

Anmerkungen

- 1) Näheres dazu C.a., Oktober 1978, 0 12.
- 2) XNA, 13.2.79.
- 3) ICI in SWB, 15.3.79.
- 4) SWB, 22.2.79.
- 5) SWB, 21.2.79.
- 6) XNA, 9.5.80.
- 7) Radio Neu-Delhi in SWB, 31.5.80.
- 8) XNA, 25.6.80.
- 9) Vgl. das Tibet-Thema in C.a., Juni 1980.
- 10) XNA, 14.2.80 und 31.1.80.
- 11) XNA, 5.2.80.
- 12) Vgl. C.a., Dezember 1973, S.753-756.
- 13) Nähere Angaben in C.a., 1973, S.751 ff.

- 14) XNA, 28.5.80.
- 15) XNA, 14.7.80.
- 16) XNA, 13. und 15.2.80.
- 17) XNA, 5.6.80.
- 18) Einzelheiten dazu bei Yu-Hsi Nieh, "Das indisch-chinesische Grenzproblem, neue Gesichtspunkte", Nr.43 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1971, S.53 ff.
- 19) XNA, 25.6.80.
- 20) RMRB, 1.3.80.
- 21) Radio Neu-Delhi in SWB, 9.7.80.
- 22) Ausführlich hierzu C.a., Dezember 1974, S.767 ff.: Oskar Weggel, "Erneute indisch-chinesische Spannungen in der Himalaja-Region".
- 23) TASS, engl., 19.3.75. 24) Näheres C.a.,
c April 1975,
0 16.
- 25) XNA, 12.6.80.
- 26) SWB, 19.6.80.
- 27) Radio Neu-Delhi, SWB, 5.5.80.
- 28) RMRB, 5.6.80.
- 29) Näheres C.a., Juli 1978, 0 11 und März 1975, 0 14.
- 30) Näheres C.a., Dezember 1973, S.756 f. und Oskar Weggel, "Chinas neueste CENTO- Politik im Dreieck Afghanistan - Irak - Pakistan" in C.a., 1973, S.476 ff.
- 31) Näheres dazu C.a., Februar 1979, 0 6 und April 1979, 0 14.
- 32) Ausführlich hierzu C.a., Mai 1980, 0 14.
- 33) XNA, 4.5.80.
- 34) XNA, 3.5.80.
- 35) RMRB, 8.2.80.
- 36) C.a., November 1975, 0 14.
- 37) RMRB, 13.4.75.
- 38) Ausführungen zum Thema Sikkim in C.a., Mai 1973, 0 28; C.a., Mai 1973, S.235 f.; C.a., Dezember 1974, S.760 ff.
- 39) Ausführlich hierzu mit Landkarten- Erläuterung C.a., Mai 1973, S.235 f.